

Liechtensteiner Volksblatt

Bezugspreise: Inland und Schweiz jährlich Fr. 14.50, halbjährlich Fr. 7.30, vierteljährlich Fr. 3.70. Ausland halbjährlich Fr. 13.50, jährlich Fr. 27.—. Postamtlich bestellt halbjährlich Fr. 12.—, ganzjährlich Fr. 24.—. Bestellungen nehmen entgegen: Die nächstliegenden Postämter, die Verwaltung des Volksblattes in Vaduz, in der Schweiz auch die Buchdruckerei Au (Rhtl.) Tel. Nr. (071) 731 60. Verwaltung: Vaduz Tel. (075) 221 43 Redaktion: Vaduz, Telefon Nr. 2 13 94. Postcheck Nr. IX/2988

Organ für amtliche Kundmachungen

Anzeigenpreise: die 1 Spalt. mm-Zeile Anzeigen Reklame
Inland 8 Rp. 21 Rp.
Angrenz. Rheintal (Sargans bis Sennwald) 10 Rp. 23 Rp.
Uebrig Schweiz 11 Rp. 25 Rp.
Ausland 13 Rp. 29 Rp.

Anzeigenannahme für das Inland:
Verwaltung des Blattes in Vaduz, Telefon 221 43
Für das Rheintal, Schweiz und übrige Ausland:
Schweizer Annoncen A.-G.
St. Gallen, Tel. 22 26 26; und übrige Zweiggeschäfte

Im Blickfeld der westdeutschen Wahlen

Deutsche Parteien und ihre Wähler — Wer wählt wen?

DK Bonn. Bei den deutschen Parteien, die sich bei den bevorstehenden Wahlen um die Stimmen der Wähler bemühen, handelt es sich ausnahmslos um Neubildungen, die erst nach dem zweiten Weltkrieg entstanden. Die drei größten davon haben ihre Wurzeln in der Zeit vor dem nationalsozialistischen Einparteiensstaat, also vor 1933. Es sind dies nach der Größe ihrer Wählerschaft: die Christlich-Demokratische Union (CDU), die Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD) und die Freie Demokratische Partei (FDP). In diesen Parteien sind die drei politischen Grundströmungen aus dem vorigen Jahrhundert vorhanden: der Konservatismus, der Sozialismus und der Liberalismus.

Die CDU und die SPD sind weitaus die größten Parteien in der Bundesrepublik. Erst in weitem Abstand folgt die FDP, die bei den letzten Bundestagswahlen im Jahre 1953 nicht einmal 10 Prozent der gültigen Wählerstimmen auf sich ziehen konnte. Es gibt demnach in der Bundesrepublik nur zwei Massenparteien, eben die CDU und die SPD.

Um das politische Leben eines Staates verstehen zu können, muß man die Struktur seiner Parteien kennen, weil diese Parteien den Staat in seiner politischen Existenz tragen. Welche Wähler wählen welche Partei? Diese Frage ist von den verschiedenen Instituten der Meinungsforschung in der Bundesrepublik geprüft worden. Es ergibt sich dabei folgendes Bild:

Arbeiter - SPD, Landwirte - CDU

Am geschlossensten in ihrer Struktur ist die SPD. Sie hatte es bei ihrer Neuorganisation nach dem Kriege im Vergleich zu den anderen Parteien am leichtesten, weil sie auf einen verhältnismäßig großen Bestand sowohl an Wählern, als auch an führenden Männern aus der Zeit vor 1933 zurückgreifen konnte. Es ist deshalb kaum verwunderlich, daß die SPD sich als die beständigste Partei in der Bundesrepublik erwies. Sie ist ganz betont eine Arbeiterpartei. Drei Viertel ihrer Wähler sind Arbeiter. Die SPD wird von ihnen aus Tradition gewählt, und die Treue zu dieser Partei ist in vielen Fällen eine Familienangelegenheit; sie hat sich von den Vätern auf die Söhne vererbt.

Es ist der SPD aber nicht gelungen, die gesamte deutsche Arbeiterschaft für sich zu gewinnen. Die CDU hat eine besonders große Anziehungskraft auf die katholischen Arbeiter ausgeübt, und daraus ergibt sich, daß ein Drittel ihrer Wähler aus Arbeiterkreisen stammen.

Am wenigsten wird die SPD von den Landwirten gewählt, von denen bei den letzten Bundestagswahlen nur 5 Prozent ihre Stimme der SPD gaben, während über 60 Prozent der Landwirte die CDU wählten. Unter den Angestellten und Beamten hat die SPD, ebenso wie die FDP, im Prozentsatz ihrer Wähler nicht einmal halb so viele Anhänger wie die CDU. Gering ist auch der Anteil der SPD an den Wählerstimmen der Selbständigen, von denen vier bis fünf Mal so viele ihre Stimme der CDU geben als der SPD.

Mit der Aufschlüsselung nach Berufen allein ist die Struktur der Parteien jedoch nicht erschöpfend dargestellt. In der Bundesrepublik spielt die Frage der Konfessionen eine große Rolle. Hierbei ergibt sich, daß die SPD und die FDP überwiegend protestantische Wähler haben, die FDP 71, die SPD 61 Prozent. Demgegenüber sind von den Wählern der CDU 60 Prozent katholisch. Von keiner der drei großen Parteien kann man also sagen, daß sie ausschließlich katholisch oder ausschließlich protestantisch sei.

Wie wählen die Frauen?

Von den Frauen wird in der Bundesrepublik die CDU bevorzugt. Die Hälfte aller weiblichen Wähler stimmt für die CDU, während der An-

teil dieser Partei an der männlichen Wählerschaft nur etwa 40 Prozent beträgt. Die SPD und die FDP hingegen sind „Männerparteien“; bei ihnen überwiegt die männliche Wählerschaft.

Bemerkenswert ist, daß die wirtschaftliche Lage der CDU-Wähler nicht wesentlich von der der SPD-Wähler abweicht. Obwohl die Berufsstruktur der beiden Parteien sehr unterschiedlich ist, haben 28 Prozent der CDU-Wähler ein Einkommen zwischen 400 und 600 Mark, bei der SPD sind es fast ebensoviel, nämlich 29 Prozent. Leute mit weniger als 250 Mark Monatseinkommen wählen zu 19 Prozent die CDU, zu 17 Prozent die SPD. Die Gruppe dazwischen, von 250 bis 400 Mark, ist mit 48 Prozent bei der SPD allerdings stärker vertreten als bei der CDU mit 37 Prozent. Offensichtlich geben also die wirtschaftlichen Verhältnisse des einzelnen Wählers nicht den Ausschlag dafür, welcher von den beiden größten Parteien er seine Stimme gibt.

Die FDP hingegen erscheint als die Partei der finanziell Bessergestellten. Von ihren Wählern haben doppelt so viele mehr als 800 Mark Monatseinkommen als von den Wählern der CDU. Im Vergleich zur SPD sind es in dieser Gruppe sogar sechs Mal so viele. Andererseits ist es

bezeichnend, daß die Flüchtlingspartei, der gesamtdeutsche Block/BHE, in ihrer Wählerschaft einen doppelt so hohen Prozentsatz von Leuten mit der niedrigsten Einkommensstufe von unter 250 Mark wie die SPD hat. Ebenso überraschend erscheint es, daß es der SPD nicht gelungen ist, mehr Rentner für sich als Wähler zu gewinnen, obwohl sie seit Jahrzehnten die Sozialpolitik in den Vordergrund ihrer Forderungen stellte und sich auch in den Wahlkämpfen der Nachkriegszeit für eine Besserstellung der Sozialrentner einsetzte. Bei den Wahlen sprachen sich bisher anderthalb Mal so viel Rentner für die CDU aus wie für die SPD.

Die SPD ist am erfolgreichsten in den Großstädten. Bei der CDU ist die Verteilung der Wählerschaft auf Dörfer mit 30 Prozent, auf Kleinstädte mit 29 und auf Großstädte mit 28 Prozent fast gleich. Von den FDP-Wählern sind je 29 Prozent Bewohner von Großstädten und Kleinstädten, 20 Prozent der FDP-Wählerschaft wohnen in Mittelstädten und 22 Prozent auf Dörfern. Die SPD aber findet in den Großstädten 34 Prozent, in den Kleinstädten 32 Prozent und in den Mittelstädten und Dörfern nur je 17 Prozent ihrer Anhänger. Von den drei großen Parteien ist nur die SPD eine Mitgliederpartei. Sie verfügt über 650 000 Mitglieder, die in über 9000 Ortsgruppen straff organisiert sind. Die beiden bürgerlichen Parteien, die CDU und die FDP, sind hingegen reine Wählerparteien.

H. M.

Fürst Franz Joseph II. von Liechtenstein zu Besuch in Rapperswil

Mitteilung der Redaktion: Ueber den Besuch unseres Landesfürsten in Rapperswil erhielten wir nachstehenden Spezialbericht:

(Korr.) Fürst Franz Josef II. von Liechtenstein beehrte das Schloß und die Stadt Rapperswil in seiner Eigenschaft als neuer Ehrenprotektor des Internat. Burgenforschungsinstitutes mit einem offiziellen Besuch. Der zereemonielle Empfang lockte bei strahlend schönem Herbstwetter viel schaulustiges Volk zum Schloßtor, wo der hohe Gast auf die Minute genau in seinem Wagen eintraf und vom IBI-Präsidenten, Freiherr Schenk von Stauffenberg empfangen wurde. Zusammen mit Institutsdirektor Dr. Hans Koller und den Behördevertretern von Rapperswil, Ortsgemeindepräsident Dr. Alfons Curti und Vizeamann Dr. med. vet. Theodor Gschwend betrat dann der fürstliche Gast den Schloßhof, wo ihm die Rosenstadt ihren Willkommgruß in Lied und Tanz einer Schulklasse entbot. Im großen Rittersaal hieß Freiherr Schenk von Stauffenberg den fürstlichen Ehrenprotektor herzlich willkommen, und Direktor Dr. Hans Koller entwarf in kurzen Zügen ein anschauliches Bild über Sinn und Tätigkeit der internationalen Burgenforschung, die vom Zentrum Rapperswil aus bereits in 16

Ländern Fuß gefaßt hat. Zu den bereits genannten Gästen hatten sich noch Professor Gubert von Salis, Winterthur, Baron Leodegar von Pfyffer von Altshofen, Bern, und C. A. Müller, Denkmalspfleger, Basel, alles Mitglieder des Museumsrates, Dr. Hans Gwaller, ehemaliger Generalkonsul von Ungarn und Verwaltungsratspräsident der Maschinenfabrik Rütli, alt Vizeamann Siegfried Domeisen u. Rudolf Helbling-Curti als Vertreter des Verkehrsvereins, und aus dem Ausland Stanislaw Carrazola, Direktor des Istituto internazionale dei Castelli in Montagna, Dr. Arie A. Kampman, Direktor des Archäologischen Institutes für d. Nahen Osten, Leiden/Holland, und Graf von Salm, der Direktor des Museums in Donaueschingen, eingefunden. In Begleitung dieser illustren Gästeschar eröffnete Fürst Franz Josef II. eine neue Liechtenstein-Ausstellung, in der aus dem fürstlichen Kunstbesitz eine Anzahl von Schloß- und Burgansichten in Aquarell, von A. Blamauer gemalt, als Leihgaben zu sehen sind. Ein Rundgang durch das Museum überzeugte uns, daß die neue Leitung zielbewußt einen instruktiven Museums-Ausbau anstrebt.

Im eigentlichen Rittersaal mit der Burgenlehre ist eine lückenlose Bilderfolge der französischen Könige von 1461—1611 neu ange-

Serenade zu Gunsten des Kinderheimes des Liechtensteinischen Roten Kreuzes

Das gestrige Konzert zu Gunsten des Kinderheimes des L.R.K. war ein schöner Erfolg. Das Südwestdeutsche Kammerorchester unter der Leitung von Friedrich Tilegant, mit den Solisten Prof. Barchet und Guido va der Mueren, war das große musikalische Ereignis des Jahres. Das finanzielle Ergebnis, welches dem Kinderheim zugute kommt, beträgt rund 14 000.—, unter diesen Spenden ist u. a. eine anonyme Spende von Fr. 1 000.— in einer Note. Allen, den bekannten und unbekanntem Spendern und Besuchern des Abends dankt das Liechtensteinische Rote Kreuz von Herzen. Es ist nun möglich, das Kinderheim des Liechtensteinischen Roten Kreuzes weiter auszubauen.

Tribüne
DER FREIEN MEINUNG

Was den Bergfreund ärgern muß

Gegenwärtig wird im Ausland gegen den Liechtensteinischen Alpenverein wegen der Pfälzerhütte eine Pressehetze losgelassen, die jeden Liechtensteiner mit Recht ärgern muß. Zum Beispiel schreibt die Monatsschrift „Alpenland“ als amtliches Organ der Alpenvereine unter der Überschrift „Ein beschämendes Kapitel — die Pfälzerhütte“. U. a. steht in jenem Artikel der Satz: „Alle Versuche, das Unrecht wenigstens teilweise gutzumachen und eine Wiederbeteiligung der Pfälzersektion zu erreichen, blieben ohne Erfolg.“

Solche Nachrichten führen dazu, daß nicht nur der Liechtensteinische Alpenverein, sondern auch unser Land in seinem Ansehen geschädigt wird. Der Artikel in jener Zeitschrift verschweigt, daß der Liechtensteinische Alpenverein die Hütte vor dem gänzlichen Ruin bewahrt hat und daß er seinerzeit handeln mußte und nicht zuwarten konnte, bis sich verschiedene Ausländer wieder der Pfälzerhütte erinnerten. Es wäre an der Zeit, wenn der Liechtensteinische Alpenverein und die Fürstliche Regierung gemeinsam gegen solche Darstellungen, wie sie in dieser Alpenzeitschrift wiedergegeben wurden, energisch auftreten würden. Schweigen ist da nicht mehr am Platze, nachdem bewußt versucht wird, alle deutschen und österreichischen Bergfreunde gegen uns aufzuhetzen. Eine klare und unmißverständliche Antwort wäre fällig und würde verschiedenen Hetzern den Mund stopfen. Es nützt nichts, wenn sich der Liechtensteinische Alpenverein nur auf sein wohlverwobenes Recht beruft. Es muß den ausländischen Bergfreunden gesagt werden, wie die Wahrheit in Sachen Pfälzerhütte wirklich lautet, sonst läuft der liechtensteinische Bergfreund Gefahr, daß er bei Touren im Ausland mit Vorwürfen und Kritiken überschüttet wird.

Meine Ansicht ist, daß man sich nicht durch Druck von außen einschüchtern lassen soll, im Gegenteil. Man soll sich zur Wehr setzen und zwar so, daß Schreibereien ähnlicher Art von selbst aufhören, wenn sich nicht die Redaktionen solcher Zeitschriften blamieren wollen. — Verschiedene Herren im Ausland, die alles eher als Bergfreunde sind, meinen wahrscheinlich, man könne den „kleinen liechtensteinischen Alpenverein“ auf diese Weise hürbe machen. Sie werden aber damit das Gegenteil erreichen, denn ich bin überzeugt, daß sich alle Mitglieder des Liechtensteinischen Alpenvereins bewußt sind, daß der Standpunkt seines Vorstandes in Ordnung ist und daß kein einziges Mitglied dulden würde, daß er von seinem Standpunkt abweicht.

Ein Bergfreund.

bracht worden. Sie stammt aus dem Salis-Schloß Marschlins, wohin sie einst Marschall Ulysses von Salis aus Paris heimgebracht hatte.

Beim festlichen Bankett im stilvollen Rathausaal bewirtete Leo Simones seine Gästeschar mit vorzüglichen Spezialitäten aus Küche und Keller, und Schloßverwalter Arnold Würzler spielte mit Fräulein Sutter und Fräulein Probst aus Stäfa Tafelmusik mit Werken von Haydn und Mozart. Vizeamann Dr. Theodor Gschwend überbrachte Gruß und Willkomm der Rapperswiler Behörden, die sich mit der Bevölkerung zusammen herzlich freuen, daß der Landesherr des befreundeten, kleinen Nachbarstaates Liechtenstein durch sein Ehrenprotektorat nun in Zukunft mit der Grafenstadt am Zürichsee in lebendiger Verbundenheit stehen wird. Fürst Franz Josef II. wird mit seiner Fa-